

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond-Spaltenspalte oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. December v. J. den provisorischen Direktor des Staatsgymnasiums in Padua, Weltpriester Jakob Zanella, zum wirklichen Direktor dieser Lehranstalt allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 14. Jänner 1864 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das 1. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter

Nr. 1 den Staatsvertrag vom 16. Juli 1863, zwischen Oesterreich, Belgien und den übrigen theilnehmenden Staaten, über die Abfassung des Scheldes-Zolles, (abgeschlossen zu Brüssel am 16. Juli 1863; ratifizirt von Se. k. k. Apostolischen Majestät am 12. August 1863, die Auswechslung der bezüglichen Ratifikationen zwischen Oesterreich und Belgien hat zu Brüssel am 20. August 1863 stattgefunden);

Nr. 2 den Erlass des Finanzministeriums vom 25. December 1863, über die Ermächtigung der Zollämter in Pilsen und Bodenbach zur Austrittsbehandlung des über die Zolllinie gegen Steuerrückvergütung ausgeführten Zuckers;

Nr. 3 den Erlass des Finanzministeriums vom 28. December 1863, wegen Uebertragung einiger Amtsbefugnisse des ehemaligen Nebenzollamtes erster Klasse zu Monfalcone an das Nebenzollamt erster Klasse zu Canal Rosoga; — gültig für das ganze Reich;

Nr. 4 den Erlass des Finanzministeriums vom 6. Jänner 1864, über die Ausdehnung der Gestattung der Appretur- und Färbungsbehandlung dalmatinischer Erzeugnisse auf nicht dalmatinische, jedoch durch Verzollung in den freien Verkehr Dalmatiens übergegangene Waaren.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 15. Jänner.

Der Telegraph hat uns verkündet, was wir vorausgesehen haben; der Bundestag hat den österreichisch-preussischen Antrag abgelehnt und zwar mit 11 gegen 5 Stimmen. Daß die Mehrheit am Bunde gegen Oesterreich und Preußen stimmen werde, war so ziemlich vorausgesehen; daß aber die mächtigsten beiden deutschen Staaten in einem so großen, folgenschweren Momente nur drei Stimmen für sich gewinnen konnten, ist über alle Erwartung. Und doch ist dieß nicht der einzige wichtige Theil der Nachricht; der bedeutsame Nachsatz, die Meldung, daß Oesterreich und Preußen erklärt haben, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, ist noch viel wichtiger als die erfolgte Abstimmung selbst.

Die Promptheit, mit welcher die gemeinsame Erklärung gleich nach der Abstimmung abgegeben wurde, läßt erkennen, daß zwischen beiden deutschen Regierungen vorher ein genaues Einverständnis und Uebereinkommen stattgefunden haben müsse.

Ohne Zweifel lassen Oesterreich und Preußen nun eine größere Truppenmacht nach den Elbeherzogthümern marschiren. Die „D. D. P.“ sagt, sie würde sich keinen Augenblick wundern, wenn die kaiserlichen Truppen auf dem Zuge, den sie jetzt durch die Mittelstaaten zu machen hätten, Demonstrationen ersühnen, die wir im Interesse der deutschen Einigkeit (wenn jetzt noch überhaupt dieses hohle Wort gebraucht werden könnte), oder doch wenigstens des deutschen inneren Friedens unmöglich wünschen können.

Wir halten das deutsche Volk für zu einsichtsvoll, als daß wir annehmen sollten, es werde den österreichischen Truppen seine Unzufriedenheit mit der Reichsbergischen Politik fühlen lassen. Es ist ein häuslicher, sehr beklagenswerther Zwist, der Konflikt im Bunde; wir hoffen aber, daß eine Wendung zum Besseren eintritt, bevor es zum Aeußersten kommt. Die streitenden Parteien können sich ja nicht entbehren.

19. Sitzung des Herrenhauses am 13. Jänner.

(Schluß.)

Graf Wickenburg. Er habe stets die Flotte für eine Nothwendigkeit gehalten, sowohl für den Krieg, als zum Schutze des Handels. Täglich höre man von Turin aus eine Sprache, die ihm die Ader mit Zornesblut schwellte. Wie man es später bedaure, nicht bei Zeiten eine Marine geschaffen zu haben, davon gebe Deutschland einen Beweis, das ruhig zu sehen muß, wenn man vielleicht seine Häfen blockiren und seinen Handel brach legen wird. Auch er greife nicht gerne in den Sackel des Volkes, aber wenn es die Nothwendigkeit erheischt, müsse alle Rücksicht schwinden. Wenn es die finanziellen Rücksichten nicht erlauben, bedeutende Fortschritte zu machen, so möge doch kein Stillstand eintreten, welcher Rückschritt bedeutet und der nirgends so viel Jubel erregen würde, als in Piemont, und deshalb trete er den Ansichten der Kommission bei. Wenn er nicht den Bau einer dritten Panzerfregatte befürworte, gehe er es deshalb, weil dazu noch Vorstudien und Erfahrungen nothwendig sein werden. Die Kommission habe den Wunsch nach einem Programm über den normalen Stand der Flotte ausgesprochen, er wolle, daß dieß Programm auf Pola ausgedehnt werde, wo noch sehr viel zu thun bleibe. Dazu brauche man wohl Geld, aber wenn man in einem jeden Jahre einen Theil verwende, werde man endlich doch zum Ziele kommen.

Fürst Salin will den kommerziellen Standpunkt hervorheben. Eine Ersparung die Verluste herbeiziehen könne, sei keine Ersparung, und deshalb könne in diesem Falle nicht die Rücksicht auf den Steuerträger maßgebend sein, weil eine momentane Erleichterung ihm später schwere Bürden auferlegen kann. Man habe dem Lloyd eine Subvention von 2 Millionen bewilligt, diese sind hinausgeworfenes Geld, wenn hinter dem Lloyd nicht eine Kriegsmarine ihre Zähne zeigt. Redner weist auf England hin, wo der Seehandel blühe, weil er von der Kriegsmarine geschützt sei. Er stellt den Antrag: „Daß h. Haus wolle beschließen, von den angefragten Abstrichen abzusehen und der Regierungsvorlage gemäß 12,180,657 Gulden in das Marinebudget einzustellen.“

O. d. R. Graf Clam-Gallas wendet sich gegen die Aeußerung des Grafen Wickenburg, man solle keine Panzerfregatte bauen, weil man noch Vorstudien machen müsse. Das sei eine falsche Maßregel, man müsse mit dem Feinde Schritt halten. Wenn man keine gezogenen Kanonen z. B. angeschafft hätte, aus der Rücksicht, daß sie noch Verbesserungen fähig sind, so stünde man heute dem Feinde eben noch mit den alten Kanonen gegenüber. Wenn auch in 10 Jahren vielleicht die Panzerschiffe ganz anders und viel besser konstruirt sein werden, so muß doch jede Macht Panzerschiffe haben, um sie den Panzerschiffen des Feindes gegenüber zu stellen.

Der Berichterstatter H. M. Freiherr v. Heß erklärt, obzwar er die Ansichten des Grafen Clam zu den seinigen machen könne, weise er doch auf die Aeußerungen des Marineministers hin, daß eben Vertrauensmänner fremde Werften bereisen, um die Konstruktion solcher Schiffe zu studiren. Redner weist nochmals auf die Nothwendigkeit einer Flotte gegenüber den Bestrebungen Piemonts hin.

Graf Hartig. Man müsse sich vor Allem den Zweck vor Augen halten, den die Marine haben soll. Soll sie bloß den Handel schützen, oder soll sie dahin gebracht werden, an einem Seekrieg theilnehmen zu können. Diese Fragen können nicht aus dem Stegreife beantwortet werden. Man habe gehört, daß man nicht mehr in der Lage sei, die nöthigen Stationschiffe zu erhalten; dieß sei traurig und deshalb müßte die Flotte jedenfalls auf jenen Stand gebracht werden, der zum Schutze des Handels nöthig ist. Was den zweiten Zweck betrifft, so glaube er, daß es für uns sehr schwer sein werde, unsere Flotte auf die Höhe der italienischen zu bringen. Oesterreich werde so lange zur See kraftlos bleiben, als es nicht die alte Alliance mit England festgekuppelt haben werde, dann würden unsere Küsten den sichersten Schutz haben. Gegen den Antrag des Fürsten Salin erkläre er, daß die Kommission sich in ihren Anträgen den Wünschen der Regierung angepaßt hätte und diese auf die Einstellungen der anderen Abstriche nicht beharrte.

Berichterstatter H. M. Heß. Er müsse den Ansichten seines Vorredners entgegenreten. Auf seine eigene Kraft vertrauen, sei besser, als Alliancen suchen. Wenn man in jedem Jahre eine oder anderthalb Panzerfregatten baut, wird man endlich dahin kommen, Piemont ebenbürtig gegenüber zu stehen. Man glaube aber nicht, daß diejenigen, welche die Einführung der Flotte befürworten, an eine Offensive denken, denn man werde noch sehr viele Schiffe bauen müssen, um auch nur an die Vertheidigung der Küsten denken zu können, welche über 160 Meilen sich erstrecken. Nach einigen Bemerkungen des Grafen Hartig, in welchen er auf seiner Ansicht beharren zu müssen erklärt, spricht

Graf Leo Thun: Als Laie werde er sich von dem Antrage der Kommission leiten lassen, bei welcher er die ihm fehlende Sachkenntnis voraussetzt. Aber eben deshalb wünsche er auch, daß die Anträge der Kommission bei den Verhandlungen mit dem andern Hause Anerkennung finden. Deshalb wolle er darauf aufmerksam machen, daß ihm der Antrag der Kommission: „Virements sollen gestattet sein“ mit dem Antrage der Kommission: „die einzustellenden 394,000 fl. sollen nicht zum Bau einer Panzerfregatte verwendet werden“ — ein Widerspruch scheine. Wenn der Regierung in diesem Budget eine Pauschalsumme zur Verfügung gestellt werden soll, so möge die letztere Ansicht in Verbindung damit ausgesprochen werden.

Berichterstatter H. M. Heß erklärt, er sei kein Freund des Baues von Holzschiffen und stellt für seine Person den Antrag: Das hohe Haus wolle beschließen, es sei die Quote der Ersatzbauprocente statt für Neubauten von Holzschiffen, zum Bau einer Panzerfregatte oder kleinerer Panzerschiffe zu verwenden.

Marineminister Freiherr Burger geht zuerst auf eine Detaillirung der von dem Abgeordnetenhanse vorgenommenen Abstriche im Gesammbetrage von mehr als 2 Mill. ein und zeigt, daß dieß zunächst Abminderungen an dem Schiffbau und Schiffsausrüstung sind. Er weist auf den Standpunkt hin, welchen er diesen Abstrichen gegenüber im Abgeordnetenhanse eingenommen und erklärt, auf demselben beharren zu müssen. Durch die Abstriche sei nicht nur jeder Fortschritt gehemmt, sondern der Rückschritt erklärt worden, und die Regierung könne daher von ihren ursprünglich gemachten Anträgen in Beziehung auf die Ziffersätze nicht abgehen. Redner weist in ähnlicher Weise, wie er es im Abgeordnetenhanse gethan, auf die Bestrebungen sämmtlicher Seestaaten Europa's und ihrer Parlamente, wo diese bestehen, zur Kräftigung und Erhöhung der Flotte hin und sagt, Oesterreich könne bei diesen Bestrebungen nicht zurückbleiben. Dem Wunsche der Kommission nach einem Programme über den Normalstand der Flotte könne er nur entgegenhalten, daß durch eine a. h.

Entschieden nach den traurigen Ereignissen im Jahre 1848 der Normalstand der Flotte bereits auf 6 Linienfahrzeuge und 8 Fregatten festgesetzt wurde. Fast noch kein Staat Europas habe seit den neuen Erfahrungen in der Technik sich für einen Normalstand seiner Flotte entschieden, aber alle hätten sich für das System der Panzerschiffe ausgesprochen. Redner weist auf die im Vorjahre im englischen Parlamente stattgehabte Debatte über diesen Punkt hin und zeigt, daß man auch dort sich noch nicht für einen Normalstand entschieden habe. Redner weist auf das Mißverhältnis zwischen der österreichischen und italienischen Flotte hin und sagt, das Verhältnis der Linienfahrzeuge sei wie 2 : 1; das der Fregatten wie 3 : 1. Das italienische Parlament habe im heurigen Jahre ein Flottenbudget mit 70 Millionen Lire votirt, was den von dem Abgeordnetenhaufe votirten 9 Millionen gegenüber ebenfalls ein Verhältnis von 3 : 1 herausstellt. Ueber den Wunsch der Finanzkommission, daß die Ersatzquote zum Baue von Holzschiffen verwendet werde, erklärt der Minister, daß sämtliche Flotten Europas den Bau von Holzschiffen bereits aufgegeben und dafür den Bau von Eisenschiffen begonnen haben. Nachdem der Minister noch auf die Nothwendigkeit von Stationschiffen für den österreichischen Handel und auf Errichtung neuer Stationen, wo solche noch nicht bestehen, hingewiesen, bespricht er noch die Unzulässigkeit der Revidements in dem Budget und sagt, daß eine solche Unzulässigkeit bei dem ohnehin so bedeutend reduzierten Budget die Schwierigkeiten nur noch vermehren würde.

Nach einer kurzen Bemerkung des Grafen Czernin, welche die Kommissionsanträge unterstützt, ergreift das Wort

Kontreadmiral Wissia: Nachdem das Haus die Gründe kennt, welche die Regierung bewogen haben, auf ihren Ansätzen zu bestehen, so wolle er nur auf einen Grund nochmals hinweisen, dieses sei die Schlagfertigkeit der Flotte. Um diese zu erzielen, müsse man auf eine größere Anzahl von ausgerüsteten Schiffen zählen können, denn Offiziere und Mannschaft könne man nicht zu Lande, sondern nur auf der See ausbilden. Was die Bauten in Pola betrifft, so wolle er dem Grafen Wickenburg bemerken, daß dort seit einem Jahre große Fortschritte geschehen sind und daß die dortige Werfte im Stande sei, größere Panzerschiffe zu bauen. Was die Konstruktion der zu bauenden Schiffe selbst betrifft, erklärt Redner, man habe Ingenieure nach Amerika geschickt, um die Monitors zu besichtigen und zu erproben, ob derartige Schiffe nicht für den Küstenschutz Oesterreichs besser wären, als Fregatten. Es habe sich aber herausgestellt, daß diese für unsere Küste nicht zu verwenden wären und daß größere Schiffe nothwendig sind. Was den gewünschten Bau von Holzschiffen betrifft, so müsse er erklären, daß wir Holzschiffe genug haben, um den Handel zu schützen. Wir haben 5 hölzerne Fregatten, wovon 2 in sehr gutem Zustande sind, eine in Reparatur begriffen ist und zwei sich noch repariren lassen. Nebenbei 2 große Korvetten, welche man auch Fregatten nennen kann und eine Anzahl von Kanonenbooten, und deshalb sei es besser das, was man auf die Erhöhung der Flotte verwendet, zum Baue von Eisenschiffen zu verwenden.

Vizepräsident Graf Kuefstein weist darauf hin, daß alle Staaten rüsten, nur in Oesterreich sei das

Oegentheil, wo seit 3 Jahren Armee- und Marinebudget vermindert werden. Er könne nur wünschen, daß die betreffenden Departements mit den votirten Summen ihr Auskommen finden, jedenfalls müsse er das Haus bitten, die Kommissionsanträge anzunehmen.

Präsident stellt die Unterstützungsfrage. Antrag Salm und Antrag Heß werden unterstützt.

Graf Leo Thun. Der Gang der Debatte habe herausgestellt, daß die Anträge der Kommission mit den Wünschen der Regierung nicht übereinstimmen, namentlich was den Bau der Panzerfregatte betrifft. Er stelle deshalb den Antrag: die vorliegenden Zusatzanträge an die Finanzkommission zur neuerlichen Berichterstattung zu überweisen. (Wird unterstützt.)

Freiherr v. Baumgartner beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Dann werde die Kommission schon in der Lage sein, Aufklärungen zu geben, da sie ohnehin die Sache seinerzeit gründlich erörterte. (Dieser Antrag wird angenommen und die Sitzung unterbrochen.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung theilt Generalberichterstatter Ritter v. Pipitz mit, daß die Finanzkommission sich einstimmig gegen den Antrag Salm auf Einstellung der von der Regierung präliminirten Summe von 12 Millionen erklärt habe und bei ihrem diesfälligen Antrage bleibe. Was den Antrag Heß betrifft, beantragt die Kommission, da sie zugleich die Zulässigkeit der Birements im Marinebudget vorschlägt, dem Marineministerium die Quote der Ersatzprocente im Betrage von 394.575 fl. zur freien Disposition zu stellen, jedoch nur, insofern dies mit den Grundsätzen des erst zu beschließenden Finanzgesetzes vereinbarlich sein wird. — Es wird zur Spezialdebatte geschritten.

Die Anträge Salm und Heß bleiben in der Minorität und werden alle Anträge der Kommission angenommen.

(Der Antrag betreffs des Birements wird aber erst bei dem Finanzgesetze zur Abstimmung kommen.)

Betreffs der Handelsmarine stimmen die Anträge der Finanzkommission mit dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses überein.

Graf Wickenburg. Er anerkenne das Recht der Regierung, die Geschäfte derselben zu vertheilen. Er nehme aber für die Mitglieder beider Häuser das Recht in Anspruch, wenn derartige Vorgänge mit ihren Ansichten nicht übereinstimmen, diesem ihren Willen Ausdruck zu geben. Dies sei namentlich da der Fall, wo es sich um Gelbbewilligungen handle. Die Handelsmarine sei immer in demselben Ressort gewesen mit allen andern Handelsangelegenheiten. Wenn er frage, ob es ein Bedürfnis oder eine geldersparende Maßnahme oder auch nur opportun war, die Handelsmarine der Verwaltung der Kriegsmarine einzuverleiben, so müsse er es mit „Nein“ beantworten.

Marineminister Freih. v. Bürger. Nach den Erfahrungen, welche mit der Gession der Handelsmarine gemacht worden sind, haben Sr. Majestät im August v. J. beschlossen, daß die Agenten derselben aus dem Handelsministerium ausgeschieden und in das Ressort des Marineministeriums übertragen werden, mit dem jedoch, daß die Verwaltung derselben von der Kriegsmarine streng geschieden bleibe. Die Frage, ob es praktisch sei, die Verwaltungen der Handels- und Kriegsmarine zu verbinden, sei nicht leicht zu beantworten. In England und in Italien

sei der Handelsminister nicht zugleich der Minister für die Handelsmarine. Wenn der Kaiser die Entscheidung faßte, die Agenten der Handelsmarine dem Marineministerium zu übertragen, so sei es gewiß, daß tieflegende Gründe solche Anordnungen motivirt haben. Er anerkenne, daß ebenso talentvolle als erfahrene Männer die Handelsmarine bisher verwalteten, und wenn die Resultate ihrer Leistungen dahin führten, die Auscheidung der Handelsmarine aus ihrem Ressort dennoch zu begründen, so liege der Grund gewiß nicht in der persönlichen Gebahrung derselben, sondern in der fehlerhaften Organisation.

Graf Wickenburg. Er wolle nur berichtigen, daß in England die Handelsmarine nicht von dem Marineministerium, sondern von dem Handelsamte verwaltet werde. Auch in Piemont habe der Erzmünister Visio im Parlamente im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß es sehr nachtheilig sei, daß die Handelsmarine mit der Kriegsmarine verbunden ist.

Freih. v. Meyer erklärt sich damit einverstanden, daß die Finanzkommission diese Frage übergegangen hat, da es sich bloß darum handelt, daß in Triest eine Zentralbehörde existire, welche sich mit dieser Frage beschäftigt und dies sei der Fall. (Bravo.)

Der Antrag der Finanzkommission wird hierauf angenommen.

20. Sitzung des Herrenhauses

am 14. Jänner.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Plener.

Nach Vorlesung des Protokolls wird zur Tagesordnung geschritten.

Fürst Schwarzenberg berichtet über den Titel „Justizverwaltung“ des Budgets der kroatisch-slavonischen Hofkanzlei, welcher Titel bekanntlich der Finanzkommission zur neuerlichen Berichterstattung zugewiesen wurde.

Die Regierungsvorlage hatte diesen Titel mit 503.436 fl. angesetzt. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses ermittelte die Summe dieses Erfordernisses mit 492.163 fl. Das Abgeordnetenhaus verminderte aber in seiner Plenarsitzung diese Summe bis auf 442.177 fl., welchem Antrage die Finanzkommission des Herrenhauses auch ursprünglich beigetreten war. Nach der Aufklärung, welche letzthin von der Regierung gegeben wurde, erklärt sich die Finanzkommission für die von dem Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beantragte Summe von 492.163 fl., welche sie auch dem hohen Hause zur Einstellung empfiehlt.

Graf Anton Aueršperg: Der Antrag der Kommission gehe aus einer Stimmenmehrheit der Kommission hervor. Es war in der Kommission eine Minorität gegen diesen Antrag, welcher auch er angehörte. Diese beharrte auf den früheren Antrag der Finanzkommission, weshalb er auch gegen die neuen Kommissionsanträge stimmen werde.

Ritter v. Pipitz: Um allen Mißverständnissen in und außer dem Hause zu begegnen, müsse er erklären, daß die Minorität der Kommission durchaus weder der Autonomie noch den wahren Bedürfnissen des Landes Abbruch thun wollte. Aber diese seien nicht genügend dargethan. Auch wolle die Minorität aus der Frage kein politisches Kapital machen. Die Versammlung werde wissen, daß auch im früheren

Fenilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Besuchbarkeit des Winters — Auf der Eisbahn — Eine Fopperei — Des Carnevals erstes Debut — Schießstätte — Casino — Die Nähmaschine.)

Dem nordischen Gaste, der Kälte, scheint es bei uns zu gefallen. Sie erhält sich mit einer Beharrlichkeit auf gleicher Höhe, oder im Hinblick auf den Thermometerstand richtiger, in gleicher Tiefe, an die wir hier gar nicht gewöhnt sind; denn der rasche und öftere Wechsel der Temperatur ist ja eine besondere Eigentümlichkeit des Wetters hier. Uns gefällt diese Beständigkeit weit besser, nicht nur daß der menschliche Organismus dabei weniger Störungen erleidet, sondern es bleibt uns auch so manches Wintervergnügen länger, wie z. B. die Eisbahn. Trotz des Grimmes, mit dem der Frost die drohendsten Noten an die Fensterheischen schreibt, wagt sich doch die schlitzenhulauende Damenwelt hinaus in's Freie und beschreibt anmutige Curven auf der glatten Fläche, was wiederum die. Sinn für die Schönheit weiblicher Gestalten, gracioſer Bewegungen und kleiner Füßchen habende Männerwelt veranlaßt, auf „Nahlschwingler Sohle“ den gaukelnden Mädchengestalten nachzusehnen, mit ihnen um die Wette zu laufen oder gar mittelst Durchkreuzen ihrer Bahn sie zu necken. Die Mütter und Tanten, welche als Ehren- und Sittenswächterinnen dabei erscheinen und nicht selbst theil-

nehmen, haben freilich viel mehr Kälte auszustehen, und können es beim besten Willen nicht verhindern, daß eins oder das andere der ihrer Obhut anvertrauten Wesen zu Falle kommt.

Die ganze vorige Woche waren unsere sozialen Kreise in nicht geringer Aufregung, und zwar hatte sie das Gerücht, es sei der Haupttreffer der Staatslotterie mit 100.000 fl. hier gemacht worden, in dieselbe versetzt. Wer hat ihn gemacht? das war die stehende Frage, wenn sich zwei begegneten. Bevor noch die gezogene Nummer hier bekannt wurde, war das Gerücht im Gange, und alle Inhaber von Losen fieberten vor Ungeduld und Spannung, bis die Journalen den Ziehungsbericht veröffentlichten. Daß sich das Gerücht auch dann noch erhielt, hatte vielleicht seinen Grund darin, daß alle die gepöppelten Losinhaber, ohne gegenseitige Uebereinkunft, im Stillen die Fopperie fortsetzten. So geschah es, daß bald Dieser, bald Jener als der glückliche Gewinner bezeichnet wurde, der nur aus „Schwunzerei“ sein Glück verschweige, um nicht etwa seinen Bekannten ein Souper zahlen zu müssen. So war denn die Fopperie eine allgemeine, halb Laibach ist „aufgefressen“; es war ein gelungener Spaß, den der Urheber des Gerüchts gemacht hat; leider hängt sich auch an diesen Ruhm der boshaften Neid: die Fama behauptet, der Witz sei ein unbeabsichtigter gewesen, den jenes Genie gemacht habe, welches hier die Rolle „des dummen Aerkls“ spielt.

Prinz Carneval hat sein erstes Debut gegeben; es war nicht sonderlich. Der Debutant brachte es nicht einmal zu einem „success d'estime.“ Die erste

Tanzunterhaltung auf der Schießstätte war sehr spätlich besucht, namentlich fehlte es an Damen; Tänzer wären genügend vorhanden gewesen. Sollte die Tanzlust unter dem schönen Geschlechte wirklich so abgenommen haben? Wir glauben das nicht, sondern sind der Meinung, die falsche Ansicht, es sei unschädlich auf dem ersten Ball zu erscheinen, habe das sporadische Erscheinen von Tänzerinnen veranlaßt. Die zweite Unterhaltung am nächsten Sonntage dürfte in das Oegentheil umschlagen, denn wie wir hören, hat sich die gesammte junge Männerwelt verabredet, zu erscheinen und so der Damenwelt ein gutes Beispiel zu geben.

Ganz anders war es Mittwoch im Casino; noch nie war eine erste Unterhaltung im Fasching so besucht und animirt. Das zweite Debut des Prinzen Carneval zeigte somit schon einen riesigen Fortschritt. Was ein Häkchen werden will, das krümmt sich bei Zelten. Er hat's aber auch nöthig, der Fasching, recht bald lustig zu werden, wenn er nicht zu Ende gehen soll, ohne seinen Zweck erfüllt zu haben. Das scheint unsere Damenwelt auch einzusehen; sie war so zahlreich erschienen, daß wir die, eigentlich für den Bericht über den nächsten Ball bestimmte Phrase: „es war ein reicher Kranz von schönen und eleganten weiblichen Erscheinungen, ein wahrer Blumenstreu von jugendlich frischen Mädchengestalten zugegen“, schon diesmal in Anwendung bringen können.

Da wir nun einmal bei diesem interessanten Kapitel „Damenwelt“ stehen, so wollen wir auch einmal so allerlei berichten, was wir aus diesen schönen Kreisen vernahmen. Es ist aber etwas durchaus nicht

Jahre, wo die Autonomie des Landes nicht in Zweifel gezogen wurde, Einrichtungen, welche aus Staatsfäden bezahlt wurden, auch einer Prüfung von anderer Seite als den autonomen Organen unterzogen wurden. Deshalb habe die Minorität durch ihr Votum mit bloßer Rücksicht auf die Staatsfinanzen sich für jene Abminderung ausgesprochen, wie sie im Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Die Mitglieder, welche in der Minorität waren, werden auch gegen die Kommissionsanträge stimmen.

Graf Leo Thun weist darauf hin, daß auch der gegenwärtige Kommissionsantrag, obwohl den Bedürfnissen Kroatiens ausreichender, als der frühere, Rechnung tragend, doch noch hinter dem Regierungsantrage zurückbleibe. Man hat wiederholt den Grundsatz ausgesprochen, es gehe nicht an, bestehende Organisationen durch Budgetabschnitte anzugreifen. Dieser Grundsatz ist durch jede Beantragung eines Abstriches verletzt. Er würde demnach auch dem Kommissionsmajoritätsantrage entgegenstehen, falls sich nicht bei den bezüglichen Beratungen eine Zustimmung des Herrn Hofkanzlers herausgestellt haben sollte.

Freiherr v. Hernet spricht für den Kommissionsantrag und bestätigt die Zustimmung des kroatisch-slavonischen Hofkanzlers. Er rechtfertigt und beleuchtet die Modalitäten der in Kroatien und Slavonien bestehenden Justizorganisation.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Ihre Kaiserl. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Mädchen-Institute zur heiligen Dorothea in Vicenza, dann dem Gregoriusvereine zur Unterstützung dürftiger Studirender der Wiener Universität und endlich dem Wohltätigkeitsvereine für Wiener Hausarme Beiträge von je 100 fl. gnädigst zustellen lassen.

Ihre Kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Vereine zur Verbreitung von Druckschriften für Volksbildung den Betrag von 10 fl., Se. Kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Ludwig 20 fl. gespendet.

Ihre Kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Wiener Wohltätigkeitsvereine zur Unterstützung würdiger Hausarmen den Betrag von Einhundert Gulden gnädigst gespendet.

Wien, 14. Jänner. Heute ist die erste Million Gulden für die ungarischen Nothstandsbedürfnisse flüssig gemacht worden. Diese Summe, sowie eine zweite Million soll zu Darlehen für jene Gemeinden des Nothstandsgebietes verwendet werden, in deren Bereich die Noth am größten ist. Die Gemeinden werden verpflichtet, das Darlehen ganz und ausschließlich zur Unterstützung der Nothleidenden zu verwenden. Nun hat das durch den Reichsrath votirte Gesetz bezüglich des Nothstands-Darlehens die Regierung zwar ermächtigt, dem kleinen und mittlern Grundbesitzer Darlehen zu gewähren, die Gemeinden sind jedoch von dieser Begünstigung ebenso ausgeschlossen, wie der Großgrundbesitzer. Der Nothstand hat jedoch in Folge der strengen Kälte und des Mangels an Arbeit eine so erschreckliche Ausdehnung gewonnen, daß zahlreiche Familien buchstäblich dem

Hungertode preisgegeben werden, wenn man nicht wenigstens die Gemeinden in die Lage setzt, ihnen eine Unterstützung zu gewähren. Diese Verhältnisse bestimmen die Regierung, von dem Gesetze abzugehen; in den nächsten Tagen soll jedoch schon eine Regierungsvorlage im Reichsrathe eingebracht werden, welche eine entsprechende Abänderung des Nothstands-gesetzes beantragt. Mit Rücksicht hierauf hat auch Herr v. Plener die erwähnte Million Gulden nur unter dem Vorbehalte flüssig gemacht, daß der Reichsrath die Gesetzbänderung genehmigt. Die zwei Millionen sollen übrigens nicht eine Ueberschreitung der bewilligten Summe bilden, sondern von den 6½ Millionen genommen werden, welche zu Darlehen für den kleinern Grundbesitz bestimmt sind. (Pr.)

Aus Venedig vom 10. Jänner wird berichtet: Gestern verschied hier im 75. Lebensjahre der pens. FZM. Graf Eichnowski. Der Verstorbene war einer der energischsten österreichischen Generale und längere Zeit Gouverneur von Mailand, zuletzt Festungsgouverneur von Verona. Der Leichnam wird einbalsamirt und in die fürstliche Familiengruft nach Deutschland überführt.

Ausland.

Paris. Als man dem Kaiser Napoleon mittheilte, einer der von Voiture verhafteten Italiener habe einen Wechsel von 10.000 Fr. auf Rothschild bei sich gehabt, meinte derselbe lächelnd: „Wie, der brave Rothschild hat auch seine Hand darin?“

Bukarest, 13. Jänner. In der letzten Kammerung wurde die geforderte Anleihe zur Entschädigung der griechischen Klöster, zum Ankauf von Gewehren, Kanonen, Patronasche und Mänteln, so wie zur Einrichtung einer Kanonengießerei bewilligt. Das zur Deckung des Deficits von 1862 und 1863 und der Anleihe für die Reorganisation der Armee geforderte Anleihen soll nach den angenommenen Amendements von Demeter Ghika und Costasoru erst bei Gelegenheit der Berathung über die betreffenden Spezialgesetze votirt werden.

Eine Korrespondenz von der montenegrinischen Grenze meldet, daß die türkischen Truppen den montenegrinischen Boden noch nicht verlassen haben. Die Montenegriner sollen unzufrieden mit den Annäherungsversuchen ihrer Regierung an Frankreich sein, auch sehen sie ein Zeichen des Verfalles darin, daß der jetzige Fürst vom Sultan, wenn das Gerücht nicht lügt, Geschenke erhalten und angenommen habe, was zu thun unter der Regierung seiner Vorfahren bei Todesstrafe verboten war. Die neueste Konferenz des Fürsten mit einem Pascha sei resultatlos gewesen und es soll abermals Matanovich direkt nach Konstantinopel geschickt werden. — Die Fürstin Witwe Darika hat vom serbischen Fürsten Michael aus Belgrad ein Geschenk von 8000 Dukaten mitgebracht.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 16. Jänner.

Wie uns aus Neumarkt mitgetheilt wird, ist von dort an Se. Erz. den Grafen A. Auersperg folgendes Telegramm nach Wien gesendet worden: „Von Ihrer großartigen Staatsmännischen Rede hingerissen, können wir dem drängenden Gefühle nicht

widerstehen, Erw. Excellenz den Ausdruck unserer sympathischen Bewunderung zu zollen.“ Die Bürger Neumarkts.

In dem zwischen Oesterreich, Belgien und den übrigen beteiligten Staaten, über die Ablösung des Scheldesolles abgeschlossenen Staatsvertrage ist bemerkenswerth, daß unter den Theilnehmern auch „Se. Majestät der König von Italien“ aufgeführt ist; es ist das erste Mal, daß Viktor Emanuel in dieser Eigenschaft in einem amtlichen österreichischen Organ figurirt; freilich war das bei dieser Gelegenheit nicht zu umgehen.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem diesigen k. k. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen Statt: Am 20. Jänner: Josef Gabler — wegen Diebstahl. Am 21. Jänner: 1. Friedrich Vilhar und Anton Klein — wegen Störung der öffentlichen Ruhe; 2. Andreas Trebec und Anton Penko — wegen Diebstahl; 3. Karl Ehrmann und Alois Obermüller — wegen Majestätsbeleidigung. Am 22. Jänner: 1. Johann Pečnik — wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit; 2. Lorenz Gabersel — wegen Diebstahl; 3. Paul Penko — wegen schwerer Körperlicher Beschädigung.

Sprechhalle.

Ueber den steiermärkischen Champagner (qualité superieure) der Herren Gebrüder v. Azula in Graz brachte ein Wiener Blatt folgendes Urtheil:

„Im Interesse des konsumirenden Publikums wurde der steiermärkische Champagner der Herren Gebrüder Azula in Graz, welcher seiner besonderen Güte und seines Wohlgeschmacks wegen seit kurzer Zeit sich hier in Wien vielseitigen Eingang zu verschaffen wußte, öffentlich von mehreren tüchtigen Fachkennern mit raffinierten und geübten Geschmackswerkzeugen versehen, untersucht, welche, so strenge sie auch einen Maßstab anlegten, ihr unparteiisches Urtheil dahin ablegten, daß dieser von den Herren Gebrüder Azula in Graz erzeugte steiermärkische Champagner eine große Vollkommenheit erreicht, den Beinamen qualité superieure verdiene, und dem Champagner der ersten Fabriken an Wohlgeruch, Milde, Wohlgeschmack und Lieblichkeit nicht nachstehe. Zwei Eigenheiten sind es besonders, die diesem Azula'schen Champagner vor allen übrigen bekannten Champagnerarten einen gewissen Vorzug verleihen und ihm bald eine allgemeine Beliebtheit verschaffen müssen, nämlich die eigenthümliche Lieblichkeit und dessen aromatische Würze, als ein haut-gout, welches nicht beschreiben, nur empfunden werden kann.“

Ohne hier in eine Lobhudelei auszuarten, glauben wir den Herren Gebrüder Azula zu diesem Fortschritt in der Champagnerfabrikation nur Glück wünschen zu können, und es ist außer Zweifel, daß ihr Champagner bald eine bedeutende Rolle in Wien und in der ganzen Monarchie spielen, ja als ein gewaltiger und ebenbürtiger Konkurrent mit den ersten österreichischen Champagner-Fabriken auftreten und manchen Sieg davontragen wird.“

Nachdem wir den Champagner gekostet haben, pflichten wir diesem Anspruche in Allem bei.

Mehrere Laibacher.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 16. Jänner. Im Gemeinderathe wird für Graf Anton Auersperg, den Vorkämpfer der Freiheit in Oesterreich, das Ehrenbürgerrecht beantragt. Stürmischer Beifall. Die Borsepanique, hervorgerufen durch die Frankfurter Abstimmung, Abends kalmirt.

Dresden, 14. Jänner (Abends). Ein Extrablatt des „Dresdener Journals“ bringt ein Telegramm aus Frankfurt über die heutige Bundestags-sitzung. Für den österreichisch-preussischen Antrag haben hienach gestimmt: Kurhessen, Mecklenburg und die 16. Kurie. Die übrigen hätten theils pure abgelehnt, theils seien sie nur bedingungsweise beigetreten. Letztere machen nicht die Majorität für den Antrag voll. Oesterreich und Preußen erklärten, jetzt den Antrag einstimmig als Großmächte auszuführen. Es erfolgte hierauf der Protest Sachsens, Baierns und anderer, und ein Gegenprotest Oesterreichs und Preußens.

Berlin, 14. Jänner. Preußen und Oesterreich ertheilten Noten in der Schleswig-Holstein-Frage von Frankreich gleich den Mittelstaaten. Jedoch ist der Text nur in der ersten Hälfte identisch, in der zweiten erklärt sich das französische Cabinet einverstanden mit der Anschauung beider Großmächte. (West. 3.)

Berlin, 14. Jänner. Die heutige „Volkszeitung“ veröffentlicht den Text einer Depesche, die der englische Gesandte am Dresdener Hofe Mr. Murray ohne Befehl seiner Regierung unter dem 5. d. M. an Freiherrn v. Beust gerichtet hat. Die englische Regierung glaube, die ernstesten Folgen würden eintreten, wenn die Bundesstruppen in Schleswig ein-

trüben, was wir erfahren, obgleich es als etwas sehr lobenswerthes, besonders in den Augen der Ehemänner und „Jener, die es werden wollen“, erscheinen muß. Die Damen haben nämlich Zeit gefunden, sich neben den verschiedenen Liebesabenteuern, zarten Verhältnissen, neben dem Coquettiren und Intriguiren, neben den Pug- und Konversationsgeschäften noch für die Nähmaschine zu interessieren. Seit im Hause des Herrn Judabiumigg (alter Markt Nr. 48) derlei verschieden konstruirte Maschinen zu sehen und zu haben sind, haben die Damen plötzlich eine Aufmerksamkeit dafür, besetzen sich das Ding, das sie so vieler Mühe überheben soll, und bewundern die schöne Erfindung, die ein Blatt mehr in dem Rubelkranze ist, den sich der Menschengestalt um die Stirne schiebt.

Wir haben die niedlichen, eleganten Maschinen auch in Augenschein genommen — die Nähmaschine gehört hier schon in einigen Häusern zum Zimmermöbelament — und uns gefreut über die Schnelligkeit, mit der sie arbeiten. Mancher, der noch keine Nähmaschine gesehen, huldigt wohl noch dem Vorurtheil, daß dieselbe nur gerade fortlaufende Nähte machen könne und nicht im Stande sei, allerlei Stiche auszuführen und regelmäßig um Ecken herumzukommen. Wenn diese Ansicht früher begründet war, so ist diese Schwierigkeit durch die Nähmaschine überwunden, welche von Grover & Baker in Boston erfunden worden ist, und sowohl bei einfacher Naht, als bei überwindlich Nähen, Steppen, Sticken und allen ähnlichen Arbeiten der Nadel in geraden und krummen Linien die besten Dienste leistet. Das Aus-

sehen derselben ist zum Theil sehr anziehend. Einige davon erscheinen als reich verzierter und eleganter Zimmerschmuck. Sie stehen auf Fußgestellen von schönster Zeichnung und Ausführung. Niemand sieht es den niedlichen Dingen an, welche eine Arbeitskraft, welche Ersparnis von Zeit und Geld sich in ihnen verbirgt. Niemand glaubt, daß solche Nippisachen, von einer geschickten, auf ihren Gebrauch eingelebten Hand in Bewegung gesetzt, im Stande sind, im Laufe einer Woche alle die Nadelarbeit zu verrichten, welche erforderlich ist, um eine starke Familie mit Wäsche und Kleidern zu versehen. Ganz überflüssig freilich macht die Nähmaschine die Menschenhand nicht; Knöpfschermachen, Knöpfannähen und dergleichen muß nach wie vor in der bisherigen Weise geschehen.

Es gibt noch Leute, welche in jeder Maschine einen Feind des Arbeiterstandes erblicken, welche auch der Ansicht sind, die Nähmaschine mache Tausende von Näherinnen brotlos. Wie irrig diese Anschauung ist, wollen wir hier nicht erörtern, wir wollten ja nur erwähnen, daß unsere Damen der Maschine ihr Interesse geschenkt haben, und daß dies sehr lobenswerth ist.

Die von dem Gründer des ersten allgemeinen Beamten-Vereines der österreichischen Monarchie projektierte Beamten-Zeitschrift wird unter dem Titel: „Allgemeine österreichische Beamten-Korrespondenz“ im Februar des Jahres 1864 in Wien erscheinen.

fallen, ehe die Vertragsmacht sich geäußert hätten. Das Verhalten der deutschen Truppen in Holstein sei nicht nur dem Bundesbeschlusse, sondern auch der Gerechtigkeit zuwider; Bayern, Sachsen und Württemberg müßten gemeinschaftlich dafür verantwortlich gemacht werden. Herr v. Benst antwortete unter demselben Datum auf die erwähnte Note und rügte die verlegende Sprache, die Leichtfertigkeit der Behauptungen und die Unwissenheit in Bezug auf die Thatfachen. Das Benehmen der Bundesstruppen in einem Bundeslande sei ein Gegenstand, der eine fremde Regierung nichts angehe.

Kiel, 13. Jänner. Der Herzog empfing viele angelegene Persönlichkeiten, darunter den sich bisher sehr reservirt haltenden Grafen Reventlow-Farvor.

Neumünster, 13. Jänner. Eine Versammlung von 80 Predigern beschloß, eine Adresse an den Bund wegen Anerkennung Herzogs Friedrich zu richten, eine Deputation aus allen Provinzen am 15. d. M. an den Herzog abzusenden und die Adresse der deutschen Geistlichen zu beantworten.

Altona, 13. Jänner. (Abends). Das holsteinische Zollgesetz tritt mit 15. d. M. in Kraft.

Das „Kieler Wochenblatt“ meldet: Einer gestern empfangenen Deputation erwiederten die Bundeskommissäre: Sie enthielten sich grundsätzlich jeden direkten Verkehrs mit der dänischen Regierung und müßten die Angelegenheit der Zurückforderung der Holsteiner aus dem dänischen Heere dem Bunde überlassen, welchem sie wiederholt berichtet; sie würden sich abermals nach Frankfurt wenden und seien bereit, eine bezügliche Petition zu befürworten. Die Zurücklieferung übergetretener Holsteiner habe nicht stattgefunden, sie wollten hierüber abermals mit General Hase konferiren. Auf das Ersuchen der Deputation, die Kommissäre möchten in amtlicher Bekanntmachung die Holsteiner des Fahnenverlustes entbinden und die Uebertretenden aus amtlichen Mitteln zur Rückkehr in die Heimat unterstützen, meinten die Kommissäre nicht eingehen zu können; denn eine solche Bekanntmachung würde nach aller Wahrscheinlichkeit den Kriegesfall herbeiführen und sie müßten sich in-

nerhalb ihrer Kompetenz halten. Herr v. Könniger meinte: Im Ziele seien alle einverstanden, und können naturgemäß Bestrebungen, die im übrigen Deutschland erlaubt, nicht entgegenstehen; er müsse aber dringend ermahnen, das richtige Maß einzubalten.

Brüssel, 14. Jänner. Das Gesamtministerium hat heute seine Demission angeboten. Der König hat noch nichts entschieden.

Theater.

Heute Samstag: Zum Vortheile des Schauspielers Herrn Josef Röder, unter gefälliger Mitwirkung der Musikkapelle des löbl. k. k. vaterländischen Linien-Infanterie-Regiments Prinz Hohenlohe-Langenburg Nr. 17, zum ersten Male: **Königin Margot, oder: Die Hugenotten.** Dramatisches Gemälde in 5 Abtheilungen, nach Alexander Dumas frei nachgebildet von F. Adam. Morgen Sonntag: **Waldfriesen.** Charakterbild mit Gesang in 3 Akten.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmahr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmahr & Fedor Bamberg in Laibach.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
den 15. Jänner 1864.

5% Metalliques	72.50	1860-er Anleihe	92.05
5% Nat.-Anlch.	80.—	Silber	119.50
Banquiers	791.—	London	119.90
Kreditaktien	179.—	k. k. Dukaten	5.74

Fremden - Anzeige.

Den 14. Jänner.

Stadt Wien.

Die Herren: Mühlberg, Kaufmann, von St. Gallen. — Winter, Palme, Handlungsreisender, Richter und Sellinet, Kaufleute, von Wien.

Elephant.

Die Herren: Merewether von Benedig. — Riesling von Hohenelbe. — Raab, Kaufmann, von Klagenfurt. — Blau von Gili. — Hamburger und Gzslawsky von Wien. — Dollar, Gutsbesitzer, aus Unterfrain. — Mazucatto, Handelsmann, von Triest. — Schilling, Agent, von Wien. — Die Frauen: Gräfin Lamzan von Klagenfurt. — Greaves von Benedig.

Wilder Mann.

Die Herren: Docteur, k. k. Generalmajor, und Kutschera, k. k. Lieutenant, von Klagenfurt. — Odenwaldt und Kraus, Kaufleute, von Wien.

Baierischer Hof.

Die Herren: Mason, Handelsmann, von Gottschee. — Lauritsch, Handelsmann, von Ratel.

Mohren.

Die Herren: Dolnicher, Lehramtskandidat, von Stermez. — Hermann, Hausbesitzer, von Krainburg.

Von Neujahr's, Namens- und Geburtstags-Gratulationen haben sich noch nachträglich durch Lösung von Karten entboten:

* Herr J. M. Mühleisen sammt Familie.
* Anton und Simon Pefiak sammt Familie.

Von der Armen-Instituts-Commission
Laibach am 15. Jänner 1864.

Fleisch-Tarif.

in der Hauptstadt Laibach für
die Zeit vom 16. Jänner bis
16. Februar 1864.

Rindfleisch von Mastochsen ohne Zuwage
das Pf. 22 fr.
Rindfleisch von Zugochsen, Stieren und
Kühen das Pf. 20 fr.
Rindfleisch vom Lande eingeführt 18 fr.
Magistrat Laibach den 9. Jänner 1864.

Verstorbene.

Den 7. Jänner. Dem wohlgebornen Herrn Ludwig Milost von Mildenhaus, k. k. Finanzbezirks-Direktions-Beamten, seine Gattin Barbara, alt 46 Jahre, in der Stadt Nr. 38, an der Lungenlähmung. — Frau Franziska Schottlich, Stadt-Physikers-Witwe, alt 49 Jahre, in der Grabtscha-Vorstadt Nr. 58, am Schlagfluß.

Den 8. Franz Rosinat, Institutsarmer, alt 55 Jahre, ins Zivillspital sterbend überbracht.

Den 10. Herr Peter Lillsdorf, Haus- und Realitätenbesitzer, alt 58 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 93, am Zehrfieber. — Anna Michelich, Einwohnerin, alt 74 Jahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 10, an der Altersschwäche. — Maria Tauscher, Wäscherin, alt 65 Jahre, und Franz Bentowsky, Einwohner, alt 68 Jahre, beide im Zivillspital Nr. 1, an der Auszehrung.

Den 11. Herr Georg Dermota, Handlungs-Commiss, alt 18 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 132, am Kopf-Typhus. — Herr Josef Moschitz, Schreiber, alt 29 Jahre, in der Grabtscha-Vorstadt Nr. 10, an der Lungenentzündung.

Den 12. Anna Batzel, Einwohnerin, alt 62 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 101, am Lungenblutsturz. — Dem Franz Marenta, Aufleger, sein Kind Rosalia, alt 14 Monate, in der Stadt Nr. 76, an der Lungenentzündung. — Die wohlgebornene Frau Johanna Edle von Zur, k. k. Beamtenwitwe, alt 74 Jahre, in der Stadt Nr. 209, an der Brightischen Nierenkrankheit. — Dem Herrn Ignaz

Reimovich, penz. k. k. Oberzollamtsbeamten seine Frau Theresia, alt 80 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 138, am Schlagfluß. — Dem hochwohlgebornen Herrn Johann Freiherrn von Vellheim, k. k. Hauptmann, sein Kind Friedrich, alt 13 Tage, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 158, an der Lungenentzündung. — Den 13. Simon Krißchen, Tagelöhner, alt 77 Jahre, im Zivillspital Nr. 1, Frau Theresia Deschmann, k. k. Bezirksgerichtes-Actuars-Witwe, alt 75 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 108, und Frau Theresia Braun, pension. Eritals-Hebamme, alt 66 Jahre, in der Kratau-Vorstadt Nr. 20, alle drei an der Lungenlähmung. — Johann Schimann, Zwängling, alt 43 Jahre, im Zwangsarbeitsbause Nr. 47, am Eiterungsstieber.

Den 14. Lucia Kopatz, Zuhörserswitwe, alt 78 Jahre, und Johann Lipovich, Tagelöhner, alt 79 Jahre, beide im Zivillspital Nr. 1, an der Altersschwäche.

(101-3)

Echter

Bischofskase

wird vom 15. d. M. angefangen
einzig und allein in der Handlung
des Unterzeichneten

„zur blauen Kugel“

verkauft werden, daher werden alle
bisherigen Abnehmer desselben zu
einem lebhaften Zuspruche höchst
eingeladen.

Joh. Tauscher.

Da es mir meine Abreise nicht möglich macht, mich bei den Freunden und Bekannten für die herzlichen Beweise der Theilnahme an dem Verluste meiner unvergeßlichen Mutter persönlich zu bedanken, so drücke ich hiemit denselben und allen Jenen, welche bei dem heutigen Leichenbegängnisse der Verbliebenen das Ehrengelächter gaben, meinen warmsten Dank aus.

Laibach am 15. Jänner 1864.

Karl Deschmann.

(121)

Die Colonial-, Specerei-, Material- und
Farbwaaren-Handlung

zum

„weissen Elephanten“,

in der Elephantengasse in Laibach,

des

Gustav Stedry

empfehlen ihr ganz neu assortirtes Lager der verschiedensten obigen Artikel
bester Qualität en gros und en detail zu den allerbilligsten Preisen und
gegen prompte zuvorkommende Bedienung.

Dieselbe macht ferner die P. T. Besitzer von Grundkomplexen, Gärten,
Anlagen und überhaupt Blumenfreunden hiermit bekannt, daß sie mit der
Friedr. Wilh. Wendel'schen

**Gemüse-, Gras-, Wald- und Blumenamen- dann Pflanzen-
Handlung, Kunst- und Handelsgärtnerei**
in Erfurt in Preussen

in Commissions-Verbindung getreten ist, und sich verpflichtet, Bestellungen
jeder Art zu übernehmen und für schleunige Effectuirung Sorge zu tragen.
Gedruckte Preisverzeichnisse pro 1864 über sämtliche Samengattungen
sind in obiger Handlung gratis zu haben.

Um geneigten Zuspruch bittet

Gustav Stedry.

(111-1)

Lobenswerthe Anerkennung.

Champagner

(Steierische Goldtropfen)

von

Gebrüder Azula

in

Graz.

Dieser Champagner, von überraschend feinstem Bouquet,
dessen Güte bei der öffentlichen Ausstellung im steiermärkischen land-
schaftlichen Versuchsbese von der löbl. Landwirtschafts-Gesellschaft
mit der lobenswerthen Anerkennung eines **Ehrendiplomes**
ausgezeichnet wurde, wird zur Abnahme bestens empfohlen.

**Haupt-Depot für Krain in den
Spezereihandlungen**

**Carl C. Holzer, Wienerstrasse Nr. 5 und
Peter Bednarz, Kongressplatz.**

Preis pr. große Flasche:

Styria, Steierische Goldtropfen . . . à fl. 1.65

**Jacquesson & fils Crème de
Bouzy** . . . à fl. 1.75

Reederer carte blanche . . . à fl. 1.75

Perre Flaschen von diesem Champagner werden mit 10 fr. pr.
Stück zurückgenommen.

(114-1)

Ueberraschend feinstes Bouquet.

Lobenswerthe Anerkennung.